

Verpflichtungserklärung nach § 5 des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG)

Aufgrund Ihrer Aufgabenstellung in der Alternative für Deutschland gilt für Sie das Datengeheimnis nach § 5 des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG). Nach dieser Vorschrift ist es Ihnen untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu erheben, zu verarbeiten oder zu nutzen. Gemäß § 5 BDSG sind Sie verpflichtet, das Datengeheimnis zu wahren. Diese Verpflichtung besteht auch über das Ende Ihrer Tätigkeit in unserer Partei hinaus. Näheres können Sie dem anliegenden **Merkblatt** entnehmen.

Wir weisen Sie darauf hin, dass Verstöße gegen das Datengeheimnis nach §§ 44, 43 BDSG und anderen Strafvorschriften mit Freiheits- oder Geldstrafe geahndet werden können. Auch Schadensersatzansprüche können bei einer unbefugten Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung von Daten bestehen (z.B. § 7 BDSG). Abschriften der genannten Vorschriften des BDSG (§§ 5, 7 und 44, 43) sind beigelegt. Ihre sich ggf. aus dem Arbeits- bzw. Dienstvertrag oder gesonderten Anweisungen ergebende allgemeine Geheimhaltungsverpflichtung wird durch diese Erklärung nicht berührt.

Bitte bestätigen Sie den Erhalt und die Kenntnisnahme dieser Informationen durch Ihre Unterschrift unter die nachfolgende Bestätigung.

Bestätigung

Über die gesetzlichen Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes wurde ich unterrichtet. Die sich daraus ergebenden Verhaltensweisen wurden mir mitgeteilt. Meine Verpflichtung auf das Datengeheimnis nach § 5 BDSG habe ich hiermit zur Kenntnis genommen.

Nutzungsbedingungen der parteiinternen Kommunikations-Mittel

Ferner habe ich die Nutzungsbedingungen der parteiinternen Kommunikationsmittel¹ gelesen und erkenne diese an.

Vorname, Name

Mitgliedsnummer

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Wohnort

Telefonnr.

E-Mail Adresse

Ort, Datum

Unterschrift